

die wirtschaftliche Unsicherheit bereiten einen fruchtbaren Boden für Ideologien, die die Nation, ihre Größe, ihre Unabhängigkeit und Exklusivität verherrlichen.

Weitere Herausforderungen für das nationale Selbstbewußtsein und die Definition polnischer Identität sind die Formen der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaft, deren Lebensstile, der Werterelativismus und Konsumismus, die für die bisher relativ geschlossenen und somit auch konservierten Gesellschaften des Realsozialismus fremd geblieben waren. Die „Rückkehr nach Europa“ hat somit etwas Bedrohliches an sich.

Kommt es zu einer „Verwestlichung“ der polnischen Rechten?

Zahlreiche Indikatoren weisen darauf hin, daß die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen eine ganz offene unentschiedene Situation in Polen geschaffen hat. Die Widersprüchlichkeit der Phänomene – die europäische Orientierung und die Angst vor nationalem und kulturellem Identitätsverlust –, die in der historischen Situation Sinn macht, weist eben nicht nur in die Vergangenheit, sie weist auch nach vorne. Und wer sich an den derzeit modischen und auflagensteigernden Katastrophenszenarios für Osteuropa orientiert hat, muß sich mit Blick auf Polen eines Besseren belehren lassen.

Nach der rasch heruntergewirtschafteten Regierung Olszewski bekommt jetzt eine große Koalition der „Solidarność“-Nachfolgeparteien von den sozialdemokratisch orientierten Kräften bis zu den katholischen Fundamentalisten eine Chance, mit der viele Polen neue Hoffnungen auf eine stabilere, berechenbare und professionelle Politik verbinden. Die neue Ministerpräsidentin *Hanna Suchocka* kommt zwar aus der bei konservativen Katholiken als „links“ verschrienen Demokratischen Union von

Tadeusz Mazowiecki. Sie hatte aber in der Abtreibungsdiskussion den kompromißlosen Standpunkt der ZChN eingenommen, was sie für die „rechten“ Parteien aus dem ehemaligen „Solidarność“-Spektrum akzeptabel machte. Die Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik werden aber die Handschrift von Politikern aus dem Umfeld der Demokratischen Union und des Liberaldemokratischen Kongresses von *Jan Krzysztof Bielecki* tragen.

Vor allem aber keimt die Hoffnung in Polen, daß unter der selbstbewußten und sachorientierten *Hanna Suchocka*, die ebenso wie der respektierte und seit 1989 in allen postkommunistischen Kabinetten die Außenpolitik leitende *Krzysztof Skubiszewski* aus Posen kommt, sichtbar regiert und entschieden wird und die politischen Grabenkämpfe etwas nachlassen, deren die Bevölkerung so überdrüssig ist. Dabei wird von der Ministerpräsidentin das Kunststück erwartet, das politisch verfeindete und fragmentierte Post-„Solidarność“-Lager zum Nutzen der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung nochmals zusammenzukitten, wobei die christlich-demokratische Zentrumsallianz von *Jarosław Kaczyński* und die Gruppe um den ehemaligen Premier *Olszewski* sich selbst aus dem politischen Spiel herausmanövriert haben.

Der Umstand, daß die „Christlich-Nationale Vereinigung“ wieder in der Koalition vertreten ist, mag zu der Hoffnung berechtigen, daß eine Entideologisierung des „rechten“ Flügels der polnischen Parteienlandschaft nicht aussichtslos ist. Eine Schlüsselfrage für Polens demokratische Entwicklung wird nämlich sein, ob eine „Verwestlichung“ der „Rechten“ und des gesamten wertekonservativen Spektrums, die katholische Kirche eingeschlossen, möglich ist, so wie das konservative Lager in Deutschland nach 1945 „verwestlicht“ wurde und heute im Gegensatz zur Situation in der Weimarer Republik die demokratische Zivilgesellschaft als politische und gesellschaftliche Lebensform akzeptiert.

Dieter Bingen

Abgesang des politischen Katholizismus

Kirche und Staat nach den Wahlen in der ČSFR

46 Prozent der Einwohner der ČSFR gaben bei der ersten Volkszählung nach der Wende „katholisch“ als Konfessionszugehörigkeit an, in Böhmen und Mähren knapp 40, in der Slowakei 60 Prozent. Bei den Parlamentswahlen Anfang Juni spielten kirchlich-konfessionelle Gesichtspunkte allerdings nur eine untergeordnete Rolle; eindeutige kirchliche Wahlempfehlungen erwiesen sich als eher kontraproduktiv. Die Kirche in der vermutlich bald in zwei Staaten getrennten ČSFR ist sich inzwischen stärker bewußt, daß ihr Einfluß begrenzt ist.

Nach den Wahlen am 5. und 6. Juni, der slowakischen Souveränitätserklärung am 18. Juli und dem vorzeitigen

Rücktritt von Staatspräsident *Vačlav Havel* sind in der Tschechoslowakei die Weichen für eine Trennung der beiden Landesteile gestellt. Obwohl Meinungsumfragen sowohl in Böhmen und Mähren als auch in der Slowakei jeweils klare Mehrheiten für ein Verbleiben in einem gemeinsamen Staatsverband ergeben hatten, erweist sich die Politik teils nicht fähig, teils nicht willens, diesem klaren Wunsch der Bürger Rechnung zu tragen und ihn zugleich mit der notwendigen Neuordnung des Staatswesens zu verbinden. Der immer stärker aufkommende Nationalismus vor allem in der Slowakei wurde in wenig verantwortungsvoller Weise von Politikern instrumentalisiert, die in ihm – wie sich zeigte: zu Recht – das geeig-

nete Vehikel für eigene politische Erfolge sahen. Sie sind es, denen der Abbau der historischen Zurücksetzung und Benachteiligung der Slowakei im gemeinsamen Staat nicht mehr genügt und die auf die Karte der Trennung vom tschechischen Landesteil setzen. Die *katholische Kirche in der Slowakei*, die immer noch eine breite und feste Basis in der Bevölkerung hat, versäumte es bis zum heutigen Tag, diesem überbordenden Nationalismus mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Ja es gibt Anzeichen dafür, daß der Nationalismus auch in der Kirche selbst einen Resonanzboden findet.

Getrennte Hirtenbriefe vor der Wahl

Ein deutliches Indiz dafür, daß auch im kirchlichen Bereich die Gemeinsamkeit und Verbundenheit zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Landesteil immer mehr in den Hintergrund tritt und man auf getrennten Wegen zu marschieren entschlossen scheint, war auch der Umstand, daß sich die tschechischen und die slowakischen Bischöfe vor den Wahlen am 5. und 6. Juni in *getrennten Wahlhirtenbriefen* an die Gläubigen gewandt hatten. Die Bischöfe Böhmens und Mährens hatten in ihrem Hirtenbrief alle Katholiken aufgefordert, an den Wahlen teilzunehmen und nicht in „politische Apathie“ zu verfallen. Die Bischöfe gaben keine Empfehlung für eine bestimmte Partei ab, appellierten aber an die Wähler, die Parteiprogramme und das Verhalten der Repräsentanten der Parteien eingehend zu prüfen und sich nicht nur von Wahlpropaganda leiten zu lassen. Man solle darauf achten, ob eine Partei das Wohl für alle anstrebe, Demokratie, Völkerrechte und Freiheit respektiere, für den Schutz des menschlichen Lebens, für moralische Werte und für die Förderung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft eintrete. Die tschechischen Oberhirten warnten vor Programmen, die den Schwerpunkt allein auf materielle Werte, auf Wirtschaft und Reichtum legen, ohne Verantwortung gegenüber den sozial schwachen Schichten und gegenüber den geistigen Werten, auf die „man in keinem gerechten Gesellschaftssystem verzichten kann“.

Der tschechische Primas, Erzbischof *Miloslav Vlk* von Prag, ergänzte in einem Interview mit der Gewerkschaftszeitung „Prace“, die Kirche gebe ihren Gläubigen keine Empfehlung für eine bestimmte Partei, denn sie solle „für alle offen sein“, wohl aber erwarte sie, daß die Katholiken die Programme, den Charakter und das Verhalten der Politiker genau prüfen, von denen sie sich in den demokratischen Einrichtungen vertreten lassen wollen. Sollten bei der Wahl – was dann bekanntlich nicht der Fall war – die linken Parteien siegen, müsse dies die Kirche zur Kenntnis nehmen, unterstrich Vlk, denn die Zukunft des Landes liege in den Händen der Wähler. Er hoffe aber sehr, „daß niemand die Rückkehr in die Vergangenheit wünscht und wir nicht in anderer Form alles Grausame neuerlich erleben“.

Die *slowakischen Bischöfe* gingen bei ihren Wahlempfeh-

lungen deutlicher von unmittelbaren kirchlichen Interessen aus. Sie forderten in ihrem Hirtenbrief die Katholiken auf, sich bei den Wahlen für Parteien, Bewegungen und Kandidaten zu entscheiden, die „im Geist des Evangeliums arbeiten“. Es sei „Pflicht gläubiger Christen“, sich nach diesem „Kriterium“ zu richten. Nur eine Orientierung am „Geist des Evangeliums“ gewährleiste, daß „in unseren Parlamenten Gesetze beschlossen werden, die dem Nutzen der Gesellschaft und dem Wohl der Kirche dienen“, hieß es in den Hirtenschreiben.

Wie die Bischöfe unterstrichen, dürften gläubige Christen nicht Parteien wählen, deren Programm gegen ein „anständiges Leben“ und gegen fundamentale Rechte einschließlich der Rechte im religiösen Bereich gerichtet seien. Sie dürften auch nicht Parteien wählen, „die im Parlament gegen Gesetze zur Regelung der Angelegenheiten der Kirche gestimmt oder diese verhindert haben“. Ausdrücklich führten die Bischöfe das Gesetz zum Schutz des menschlichen Lebens, das Gesetz über die Regelung des kirchlichen Eigentums sowie gesetzliche Bestimmungen im Schulbereich und in der Frage des Religionsunterrichtes an.

In Kirche und Öffentlichkeit der Slowakei wurden diese Äußerungen als kaum verhohlene Empfehlung für die „Christlich-Demokratische Bewegung“ (KDH) des bis zur Wahl amtierenden slowakischen Ministerpräsidenten *Jan Čarnogursky* interpretiert. Der Rechtsanwalt Čarnogursky, in der kommunistischen Ära eine der führenden Persönlichkeiten des katholischen Widerstandes, genießt auch in der neuen politischen Landschaft der Tschechoslowakei das volle Vertrauen und die Unterstützung der Kirche in der Slowakei. In den Wochen des Wahlkampfes konnte man an vielen Kirchen und Pfarrhäusern die Wahlplakate seiner Partei sehen.

Doch die Zeit des politischen Katholizismus scheint auch in der Slowakei endgültig der Vergangenheit anzugehören. Die letztlich gescheiterten Bemühungen Čarnogurskys, die nationalen Ambitionen der Slowaken mit der bestehenden Föderation unter einen Hut zu bringen, wurden von den Wählern ebensowenig honoriert, wie die direkte oder indirekte kirchliche Unterstützung für ihn und seine Partei. Nur knappe neun Prozent der Wähler votierten für die KDH. Die ebenfalls christlich orientierte Koalition „Ungarische Christlich-Demokratische Bewegung – ‚Zusammenleben‘ – Ungarische Volkspartei“ – sie vertritt neben der rund 600 000 Menschen zählenden ungarischen Minderheit auch die anderen ethnischen Minoritäten – kam auf 7,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Großer Wahlsieger in der Slowakei mit mehr als 33 Prozent der Wählerstimmen (bei der Wahl in den slowakischen Nationalrat waren es sogar 37 Prozent) war die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) des einstigen Kommunisten und heutigen Links-Nationalisten *Vladimir Mečiar*, der für die Unabhängigkeit der Slowakei – allenfalls in einer Konföderation mit Böhmen und Mähren – eintritt.

Wie Mečiar am 16. Juni bei einer Pressekonferenz in

Wien betonte, bedeute die Abwahl des christdemokratischen Ministerpräsidenten Čarnogursky, nicht, „daß sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Zukunft schlechter gestalten“. In der Slowakei solle auch in Zukunft „eine Bewegung existieren, die christlich und demokratisch ist“. Allerdings ist nach Mečiar's Ansicht Čarnogurskys Partei „keine solche gewesen“. Er, Mečiar, werde sich jedenfalls „um gute Beziehungen mit der Kirche bemühen“. Er hoffe aber auch, „daß sich die Kirche ebenfalls um gute Beziehungen zur künftigen Regierung bemüht“.

Kirchliche Wahlempfehlungen waren kontraproduktiv

Großer Wahlsieger im tschechischen Landesteil wurde bekanntlich die überkonfessionell orientierte, rechtsliberale Koalition von demokratischer Bürgerpartei (ODS) von *Václav Klaus* und Christ-Demokratischer Partei (KDS) von *Václav Benda*. Sie erhielt in der tschechischen Republik bei der Wahl in die Volkskammer knapp 34 Prozent der Stimmen. Auf knapp sechs Prozent kam die „Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei“ (KDU-CSL), deren vorwiegendes Wählerpotential vor allem die religiösen Wählerschichten Mährens sind. Der „Linke Block“ – eine Koalition von kommunistischer Partei Böhmens und Mährens und der „Demokratischen Linken“ – erreichte demgegenüber mehr als 14 Prozent. Das gleiche Ergebnis erzielte in der Slowakei die „Partei der Demokratischen Linken“ (SDL), die Nachfolgepartei der slowakischen KP. Die kommunistisch orientierten Kräfte stellen demnach in beiden Landesteilen immer noch eine starke politische Kraft dar.

Ein bemerkenswerter Aspekt der vergangenen Wahlen in der ČSFR ist der Umstand, daß Parteien mit christlicher Orientierung im tschechischen Landesteil, wo die Zahl praktizierender Christen weitaus geringer ist und wo es kaum parteipolitische Unterstützung der Kirche gab, auf weit mehr Wählerstimmen kamen als in der Slowakei mit ihrer traditionell katholischen Prägung und mit der erwähnten Favorisierung einer bestimmten politischen Partei durch die Hierarchie und große Teile des Klerus: In Böhmen und Mähren erreichten diese Parteien zusammen einen Wähleranteil von 40 Prozent, in der Slowakei blieben sie unter 17 Prozent. Dieses Ergebnis relativiert den Einfluß der Kirchen auf das Wahlverhalten ihrer Gläubigen, ja es könnte sogar darauf hindeuten, daß kirchliche Wahlempfehlungen auch in der Tschechoslowakei geradezu *kontraproduktiv* sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht offenbar – ähnlich wie in anderen Ländern – eine klare Distanz der Kirche von Parteipolitik und lehnt es ab, sich von kirchlichen Amtsträgern ein bestimmtes parteipolitisches Votum vorgeben zu lassen.

Im Zusammenhang mit dem Verhältnis der Christen in der ČSFR zur Politik ist naturgemäß auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes von Relevanz. Bei der *ersten Volkszählung* in der Tschechoslowakei nach dem

Sturz des kommunistischen Regimes bekannten sich im Vorjahr von den 15,5 Millionen Einwohnern des Landes 46,4 Prozent als Katholiken – in Böhmen und Mähren knapp 40 Prozent, in der Slowakei 60 Prozent. Etwa sechs Prozent gehören anderen Religionsgemeinschaften an. Knapp 30 Prozent gaben an, zu keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft zu gehören, wobei dieser Prozentsatz in Böhmen und Mähren mit 40 Prozent markant hoch, in der Slowakei mit 10 Prozent verhältnismäßig gering ist. Bei dieser Volkszählung machten 17 Prozent allerdings überhaupt keine Angaben in der betreffenden Rubrik auf dem Erhebungsbogen. Seitens mehrerer Kirchen wurden Zweifel angemeldet, daß die erhobenen Daten die tatsächliche Konfessionsverteilung in der ČSFR widerspiegeln. Daß viele Bürger die entsprechende Rubrik auf dem Erhebungsbogen nicht ausgefüllt haben, wird vor allem darauf zurückgeführt, daß vor der Volkszählung von bestimmten Kreisen Stimmung gegen eine Angabe der Religionszugehörigkeit gemacht wurde. Es sei in Umlauf gesetzt worden, mit dem Ankreuzen würde man sich der Gefahr aussetzen, auf „Kirchensteuerlisten“ zu kommen (obwohl es in der ČSFR kein Kirchensteuersystem wie etwa in Deutschland gibt). Außerdem habe man den Leuten fälschlicherweise gesagt, daß ein Ausfüllen der Rubrik Religionszugehörigkeit nicht Pflicht sei, kritisierten die Kirchen. Möglicherweise hat sich auch die auf die kommunistische Ära zurückzuführende Angst, ein religiöses Bekenntnis könne zu Nachteilen führen, bei der Volkszählung ausgewirkt. Die Ergebnisse der Erhebung der Religionszugehörigkeit bei der Volkszählung wurden im übrigen von den Kirchenverantwortlichen sehr unterschiedlich bewertet. Während sich manche enttäuscht zeigten, betrachteten andere die erhobenen Kirchen-Mitgliedszahlen nach 40 Jahren atheistischer Propaganda und Unterdrückung als erfreulich hoch.

Das Gesetz über die Rückgabe von Kirchenbesitz scheiterte

Wie immer man die Volkszählungs-Ergebnisse interpretiert – daß die Kirchen in der Slowakei nach wie vor ein gewichtiger gesellschaftlicher Faktor sind, geht auch aus ihnen hervor. Nach der Verabschiedung der neuen Religionsgesetze im Parlament im Juli vergangenen Jahres meinte der damalige Stellvertretende Ministerpräsident der ČSFR, *Josef Mikloško*, die Kirchen seien „zu bedeutenden Helfern für die Gesellschaft geworden und können in wirkungsvoller Weise zur Verbesserung ihres moralischen Zustands, der Bildung und der sozialen Fürsorge beitragen“. Die Zeit der totalitären Kontrolle der Kirchen durch den Staat sei „endgültig abgeschlossen“ und es beginne „eine neue Epoche der Zusammenarbeit“, unterstrich der für Kirchenfragen zuständige Vizepremier. Das neue Religionsgesetz, mit dessen Inkrafttreten alle repressiven Gesetze gegen Gläubige und Kirchen aufgehoben seien, berücksichtige den historischen Beitrag der Gläubigen und der Kirchen zur Entwicklung der Gesellschaft in der Tschechoslowakei.

Im Gegensatz zur Beschlußfassung über das neue Religionsgesetz gelang es dem Parlament in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht, ein *Gesetz über die Rückgabe von Kirchenvermögen* zu verabschieden. Ein entsprechender Initiativantrag einer Gruppe von 62 Abgeordneten fand nicht die erforderliche Mehrheit; zwar stimmte ihm die Volkskammer zu, doch scheiterte er in der Länderkammer am Veto der slowakischen Abgeordneten. Schon die Verhandlungen der Parlamentarier mit der Regierung hatten sich über Monate hingezogen und keine befriedigenden Ergebnisse gebracht. Bei der Plenarsitzung des föderativen Parlaments Mitte März war es dann zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Gesetzesvorlage gekommen. Vor allem die kommunistischen und ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen sich gegen die geplante Entschädigung der Kirchen aus.

In dem Gesetzesantrag geht es neben der Rückgabe von weiteren Gotteshäusern und anderen vom KP-Regime beschlagnahmten kirchlichen Gebäuden auch um die teilweise finanzielle Abgeltung von anderen den Kirchen zugefügten materiellen Schäden, die nicht durch Rückgabe wiedergutmacht werden können. Besonders umstritten ist die im Entwurf vorgesehene Rückerstattung von 170 ha Wald und 24 000 ha Grün- und Ackerland in Böhmen und Mähren. Die Restitution der von den Kommunisten beschlagnahmten Gebäude und Liegenschaften war in dem Gesetzesvorschlag nicht im einzelnen, sondern generell festgelegt. Nach Verabschiedung des Gesetzes hätten die Kirchen innerhalb einer bestimmten Frist beantragen können, welche Gebäude sie tatsächlich zurückhaben wollen.

Bereits im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen hatten Vertreter der Gewerkschaften und der Landwirtschaftsorganisationen, die noch stark von Altkommunisten dominiert werden, in den Medien Front gegen die vorgesehene Rückgabe von Kirchenbesitzungen gemacht. Bedenken hatte auch die Tatsache hervorgerufen, daß ein Großteil der Entschädigungen – aufgrund der Besitzverhältnisse vor der kommunistischen Machtübernahme – an die *katholische Kirche* gehen würde. Der Prager Erzbischof Vlk machte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, die katholische Kirche werde einen Teil der Gebäude, den sie zurückverlangen kann, aber nicht benötigt, dennoch zurücknehmen und sie dann an andere Kirchen weitergeben. Dessenungeachtet waren es im slowakischen Teil der Länderkammer auch Abgeordnete aus dem Umkreis der evangelischen Kirche, die sich gegen das vorgesehene Gesetz wandten. Ihr Abstimmungsverhalten könnte die Ängste der Protestanten widerspiegeln, daß in der mehrheitlich „katholischen“ Slowakei die katholische Kirche durch die Rückgaben zu einflußreich wird.

Der Generalsekretär der Tschechoslowakischen Bischofskonferenz, der Prager Weihbischof *František Radkowský*, hob hervor, daß die Entschädigung an die Kirchen der gesamten Gesellschaft zugute komme. Die Kirchen benötigten für ihre Tätigkeit auch ökonomische Grundlagen: für die Seelsorge in den Pfarren, für karitative, erzie-

herische und kulturelle Zwecke. Auch seien die vielen kirchlichen Denkmäler, deren notwendige Renovierung mehr als 30 Milliarden Kronen (1,2 Milliarden Mark) erfordern und damit die finanzielle Leistungskraft der Kirche bei weitem übersteigen würde, ein „großes Nationalvermögen des Volkes“. Sie stünden auch im Zentrum des Interesses der vielen Touristen, die Tourismusbranche habe dem Staatsbudget im Jahr davor mehr als eine Milliarde Dollar eingebracht.

Der für Kirchenfragen zuständige Vizepremier Mikloško setzte sich sehr für das vorgeschlagene Gesetz ein. Er verwies darauf, daß die Kirchen durch die kommunistische Unterdrückung großen Schaden erlitten hätten und heute großteils ohne finanzielle Mittel dastünden. Die Priester würden nach wie vor vom Staat bezahlt. Um eine Trennung von Kirche und Staat zu ermöglichen, müßten die Glaubensgemeinschaften aber in der Lage sein, sich selbst zu finanzieren. Nach Ansicht Mikloškos war es allerdings von den katholischen Bischöfen „taktisch nicht sehr klug“, alles zurückzufordern. Man habe damit antikirchlichen und antireligiösen Kräften Argumente geliefert, meinte der prominente katholische Politiker.

Als nach mehreren vergeblichen Anläufen im Parlament zum Ende der vergangenen Legislaturperiode die Verabschiedung des geplanten Gesetzes erneut scheiterte, erklärte die Tschechoslowakische Bischofskonferenz, damit sei der Prozeß der positiven Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen, wie er nach dem Umbruch eingeleitet wurde, gestört worden. Die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften sollten auf der gegenseitigen Anerkennung und der Unabhängigkeit beider Seiten sowie auf ihrer Zusammenarbeit zum Wohl der ganzen Gesellschaft beruhen. Die geplanten Gesetze über die Besitzrückgabe und über die Rehabilitierung der Glaubensgemeinschaften habe man als einen praktischen Schritt in diese Richtung betrachtet, zumal die Rückgabe des Kirchenvermögens nicht allein der Sicherung der materiellen Basis der Kirchen und ihrer Dienste, die man von ihr erwartet, diene. Es gehe vor allem um eine moralische Wiedergutmachung und um eine grundsätzliche Abwendung von der totalitären antikirchlichen und damit gesellschaftsschädigenden Politik. Der Staat hätte mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ein Zeichen der Anerkennung der gesellschaftlichen Rolle der Kirchen sowie des Vertrauens gesetzt, heißt es in der Stellungnahme.

Tschechische Bischöfe für die staatliche Einheit

In der Kirche selbst hat inzwischen in der Frage ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft ein Umdenken eingesetzt. Nach den Worten des tschechischen Primas Vlk war die katholische Kirche des Landes in den vergangenen zwei Jahren mit der Versuchung konfrontiert, sich – gestützt auf ihre „äußere Macht“ und ihre Verdienste im Widerstand gegen das KP-Regime – „stark und mächtig zu geben“. Die Erfahrung aus der Zeit der Unterdrückung

habe die Kirche aber daran erinnert, daß sie auch ohne äußere Macht überleben kann. Sie habe diese Versuchung abgeschüttelt und ihre Schwächen selbst erkannt, stellte der Prager Erzbischof fest. Die katholische Kirche werde in absehbarer Zeit eine Minderheit bleiben. In der Slowakei gingen nur 29 Prozent, in Böhmen und Mähren nur etwa zehn Prozent der Katholiken regelmäßig in die Kirche. „Wir sind also gar nicht so stark, wie unsere Gegner meinen“, bemerkte Vlk.

Wie das künftige Staatswesen der Tschechen und der Slowaken aussehen wird, ist heute noch ungewiß. Die Trennung, die unter den gegebenen politischen Umständen vorprogrammiert ist, würde zumindest von den Bischöfen Böhmens und Mährens bedauert. Dabei sind sich auch die tschechischen Bischöfe bewußt, daß das bisherige Zusammenleben von Tschechen und Slowaken historisch belastet ist. Anlässlich des tschechoslowakischen Nationalfeiertags am 28. Oktober 1991 baten die katholischen Bischöfe Böhmens und Mährens öffentlich das slowakische Volk um Vergebung für die Ungerechtigkeiten, die ihm im Laufe der Geschichte von seiten der Tschechen zugefügt worden waren. In einem von Primas Vlk im tschechoslowakischen Fernsehen verlesenen Aufruf zum „Tag des Vergebens“ konstatierten die Bischöfe Böhmens und Mährens, daß der Nationalfeiertag diesmal von einer Atmosphäre oft schmerzlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern überschattet sei. Es tue not, sich vertieft mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und „einseitige Vorstellungen“ zu überwinden. Die Tschechen müßten erkennen, „was gegenüber dem slowakischen Volk nicht richtig war und dafür um Vergebung bitten“, betonten die tschechischen Bischöfe.

Das Bemühen von Staatspräsident Václav Havel, die politische Stagnation zu überwinden und das Land vor einem drohenden Zerfall zu bewahren, wurde von der katholischen Kirche im tschechischen Landesteil nachdrücklich unterstützt. Havel hatte am 17. November letzten Jahres in einem dramatischen Fernsehappell die Tschechen und Slowaken gebeten, ihn in seinem Bemühen zu unterstützen, das Land nicht in Zerrissenheit und Chaos versinken zu lassen. Der Prager Erzbischof Vlk stellte sich demonstrativ hinter Havel. Auch nach Einschätzung Vlks ist die Lage in der Tschechoslowakei „ernst“. Die Stimmung in der Bevölkerung, die „unbewußt in das Abenteuer des Separatismus und der Teilung der ČSFR gehetzt wird“, gebe zu Besorgnis Anlaß. „Die Zeit drängt, und wir müssen in dieser prekären Situation schnell handeln“, betonte der Primas.

Wenige Wochen davor hatten sich die katholischen Bischöfe Böhmens und Mährens für die *Einheit der Tschechoslowakei* ausgesprochen, aber dafür plädiert, daß die Entscheidung darüber in einer Volksabstimmung fallen sollte. In einem gemeinsamen Hirtenbrief bekräftigten sie das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Sie appellierten aber an die beiden Nationen und an die nationalen Minderheiten der ČSFR, die Entscheidung über die staatliche Einheit wohlüberlegt und nicht auf der Basis

von Emotionen zu treffen. Von den Politikern werde erwartet, Bedingungen für ein Referendum zu schaffen, das ohne Manipulation und Mißbrauch erfolgt.

Am 29. Juni bekräftigten die tschechischen Bischöfe jetzt erneut ihre Ansicht, daß zur Frage einer Trennung der ČSFR in zwei Staaten unbedingt eine Volksabstimmung stattfinden müsse. „Eine so wichtige Entscheidung über die Zukunft unseres Staates darf nicht allein in den Händen der politischen Parteien bleiben, sie geht über deren Mandat hinaus“, heißt es in einer Erklärung der Bischöfe Böhmens und Mährens. Die Bürger werden aufgerufen, sich ihre „Verantwortung vor der Geschichte“ nicht aus den Händen nehmen zu lassen. Nur die Bürger hätten das Recht und die Pflicht, über einen so wichtigen Schritt zu entscheiden, nicht die Parteien und die Politiker.

Für die Aufrechterhaltung der Einheit der Tschechoslowakei sprach sich der Prager Erzbischof Vlk auch in einem Interview mit der Tageszeitung „Lidová Demokracie“ aus. Allerdings besäßen die „slowakischen Brüder“ das Recht, ihre „eigene Identität“ zu suchen. Das sei zu respektieren, betonte Vlk. Doch nach Überzeugung des Erzbischofs sollten sich Tschechen und Slowaken nicht voneinander abschließen, weil sie „viel Gemeinsames“ im Glauben, in der Kultur und in der verwandten Sprache hätten. Die Eigenständigkeit zu respektieren, heiße nicht, einem Separatismus das Wort zu reden. „Die Teilung der Republik wäre für beide Teile schädlich“, bemerkte der tschechische Primas und äußerte den Wunsch, „daß wir zum gegenseitigen Verständnis in einem gemeinsamen Staat gelangen“.

Wie geht es weiter?

Die katholischen Bischöfe der Slowakei setzen in dieser Frage die Akzente deutlich anders. In einem gemeinsamen Hirtenbrief wiesen auch sie darauf hin, daß „jede Nation ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung“ habe. Gleichzeitig betonten sie aber, daß die Kirche hinsichtlich der künftigen Staatsform des Landes keine bestimmte Option vertritt: „Wir sind nicht kompetent, politische Entscheidungen zu treffen, wir wollen auch nicht bestimmen, welche Staatsform unsere Nationen in ihrer weiteren Existenz der Koexistenz annehmen sollen. Darüber sollen gewählte Vertreter unseres Volkes oder das Volk selbst entscheiden.“

Wie immer auch die Staatsform in Zukunft sein werde, eines muß – wie die slowakischen Bischöfe unterstrichen – „gesichert“ sein: „eine volle und tatsächliche Gleichberechtigung für alle Nationen und Minderheiten, und zwar auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik, Kultur, Moral und Religion sowie auch auf allen anderen Gebieten des Lebens“. Für die Christen gelte es, einen Standpunkt einzunehmen, „der aus der Wahrheit, aus christlich verstandener Liebe und Gerechtigkeit kommt“. Ausdrücklich hielten die slowakischen Bischöfe fest, daß dies „auch für die Minderheiten“ gelte.

Im Vatikan steht man den Bestrebungen zur Spaltung der Tschechoslowakei kritisch gegenüber. Laut Erzbischof

Vlk ist es der nachdrückliche Wunsch Johannes Pauls II., die Einheit der Tschechoslowakei als föderale Republik zu erhalten. Bereits während seines Besuches in der ČSFR im April 1990 (vgl. HK, Juni 1990, 291 ff.) hatte der Papst von den Bewohnern des Landes Einigkeit und das Bemühen um ein „brüderliches, harmonisches Zusammenleben“ gefordert. Auch bei mehreren Gelegenheiten ließ der Hl. Stuhl die tschechoslowakische Regierung wissen, daß ihm an der Aufrechterhaltung der Einheit der Tschechoslowakei gelegen sei. Beim Ad-limi-

na-Besuch der tschechischen und slowakischen Bischöfe Ende Juni unterließ Johannes Paul II. in seiner Ansprache jetzt allerdings jeden Hinweis auf die politische Situation des Landes (vgl. Osservatore Romano, 27. 6. 92). Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die kirchlichen Mahnungen zur Besonnenheit und zur Bedachtnahme auf die vielen Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart von nationalistischen Emotionen und einer sie instrumentalisierenden Politik hinweggefegt werden oder nicht.

Peter Musyl

„Man sollte die Parteien wieder an ihre vorrangigen Aufgaben erinnern“

Ein Gespräch mit der Berliner Politologin Gesine Schwan

Woher kommt das schlechte Ansehen, das die etablierten Parteien zur Zeit in der Bundesrepublik genießen? Was müsste sich an den Parteien ändern, damit sie ihre eigentlichen Aufgaben im Staat wieder besser wahrnehmen können? In welche Richtung wird sich das deutsche Parteiensystem bewegen? Geht der Trend in Richtung Instabilität? Darüber sprachen wir mit Professor Gesine Schwan. Sie lehrt Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Frau Professor Schwan, spätestens seit den viel und kontrovers diskutierten Äußerungen des Bundespräsidenten in seinem jüngst erschienenen Interviewbuch ist Kritik an den Parteien in der Bundesrepublik bzw. ihrer Rolle im Staat en vogue. Sind die deutschen Parteien derzeit wirklich so schlecht wie ihr Ruf?

Schwan: Man muß hier zwei Dinge auseinanderhalten. Zum einen gibt es einen schlechten Ruf der Parteien unabhängig von ihrem konkreten Zustand, der traditionellen Vorbehalten im deutschen politischen Denken gegenüber Parteien entstammt. Diese Vorbehalte kommen aus eher undemokratischen Grundhaltungen, und man hat dem Bundespräsidenten nach seinen jüngsten Äußerungen ja auch vorgeworfen, er mobilisiere mit seiner aktuellen Parteienkritik diese alten undemokratischen Ressentiments. Der Text des Bundespräsidenten ist in dieser Hinsicht aber ganz eindeutig: Richard von Weizsäcker betont ja ausdrücklich, daß es keine Alternative zur Parteiendemokratie gebe. Der entscheidende Punkt seiner Kritik ist vielmehr, daß es innerhalb des alternativen Rahmens Parteienstaat Verkrustungserscheinungen und Defizite gibt.

HK: Wo liegen dann für Sie die eigentlichen kritischen Punkte?

Schwan: Die Parteien – das ist die eine gravierende Fehlentwicklung – haben sich inzwischen angewöhnt, viele

Personalentscheidungen zu beeinflussen, bei denen sie sich besser heraushalten sollten. Es ist nichts dagegen zu sagen, daß etwa in Rundfunkräten bei öffentlich-rechtlichen Anstalten die Parteien vertreten sind. Aber wenn es soweit geht, daß man als Journalist in diesen Anstalten nur noch etwas werden kann, wenn man einer Partei angehört, ist das von Übel. Dazu kommt, daß die konzeptionelle Arbeit in den Parteien einen viel zu geringen Raum einnimmt. Natürlich müssen Politiker um Machtanteile kämpfen und deshalb einen großen Teil ihrer Zeit auf die entsprechenden Aktivitäten verwenden. Aber die Proportion zwischen diesen Anstrengungen und der Zeit, die darauf verwendet werden müßte, um in Ruhe Probleme analysieren und entsprechend den Grundwerten der Parteien Antworten darauf zu finden, stimmt derzeit nicht.

„Die Parteien haben kein Monopol auf die politische Willensbildung“

HK: Müssen die Parteien derzeit nicht auch oft als Sündenböcke herhalten, auf die man allen Verdruß über das politische Geschäft wie überhaupt über gesellschaftliche Verkrustungen und Blockaden abläßt? Ist Parteienkritik zur Zeit nicht reichlich wohlfeil bzw. müßte man nicht auch sie nochmals kritisch befragen?

Schwan: Ich habe vor kurzem mit einem Kollegen gesprochen, der immer wieder in wichtigen politischen Ämtern war und parteipolitisch engagiert ist. Er hat sehr heftig auf die Kritik des Bundespräsidenten reagiert, weil er darin die Leistungen und die Arbeit der Parteien nicht genügend gewürdigt fand. Aus den Parteien waren ja solche Stimmen als Reaktion auf die Weizsäcker-Äußerungen vielfach zu hören: Der Tenor ist meist, bei der gängigen Kritik werde unterschätzt, welche Kärnerarbeit in ihnen doch von vielen Menschen geleistet werde. Ich kann sol-